

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Kapitalbeteiligungen (Zweites Vermögensbeteiligungsgesetz) — Drucksachen 10/5981, 10/6280, 10/6438 —

Bericht der Abgeordneten Sieler (Amberg), Strube, Frau Seiler-Albring und Dr. Müller (Bremen)

Der Gesetzentwurf bezweckt die Förderung der Arbeitnehmerbeteiligung am Kapital der Wirtschaft. Gleichzeitig kann dabei die Kapitalausstattung und Investitionskraft der Unternehmer verbessert und dazu beigetragen werden, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Die Kosten des Gesetzentwurfs, die insbesondere zu Steuermindereinnahmen bei der Einkommensteuer in Höhe zwischen 25 Mio. DM und 80 Mio. DM in den Jahren von 1987 bis 1990 führen, sind in der Begründung zum Gesetzentwurf im Abschnitt A. III. der Drucksache 10/5981 ausführlich dargestellt.

Daneben sind die beim Bund entstehenden Haushaltsmehrbelastungen durch zusätzliche Aufgaben des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen infolge der Zulassung von Beteiligungs-Sondervermögen im Gesetz über Kapitalanlagegesellschaften zu nennen. Für die Wahrnehmung dieser Aufgaben ist ein Personalbedarf von zehn Bediensteten (acht

Planstellen und zwei Stellen für Angestellte) ermittelt worden. Die laufenden Kosten werden auf jährlich rd. 660 000 DM geschätzt. Sie setzen sich zusammen aus rd. 580 000 DM Personalausgaben und rd. 80 000 DM sächlichen Verwaltungsausgaben. Für Investitionen fällt einmalig ein Betrag von rd. 30 000 DM an. Die Kosten werden dem Bund nach § 51 Abs. 1 Satz 1 des Kreditwesengesetzes zu 90 v. H. von den beaufsichtigten Kreditinstituten erstattet.

Festzustellen ist dabei, daß der genannte Personalbedarf durch Umsetzungen gedeckt werden kann. Die Investitionskosten sind im Rahmen der Haushaltsansätze beim Kapitel 08 08 enthalten.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der Beschlußfassung des federführenden Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung.

Bonn, den 5. November 1986

Der Haushaltsausschuß

Walther	Sieler (Amberg)	Strube	Frau Seiler-Albring	Dr. Müller (Bremen)
Vorsitzender	Berichterstatter			

